

Medienmitteilung

Montag, 10. Januar 2011

Überregulierungen verhindern, Marktwirtschaft stärken

Jahresmedienkonferenz von economiessuisse 2011

Die politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise sind noch nicht ausgestanden. Protektionistische und interventionistische Tendenzen erschweren auch in der Schweiz eine konsequente Wachstumspolitik. economiessuisse fordert im Aktienrecht, auf dem Finanzplatz sowie in der Green Economy die konsequente Einhaltung einer wettbewerbsfähigen und marktwirtschaftlichen Politik.

Die Verschuldungs- und Eurokrise werden die wirtschaftliche und soziale Stabilität auch in den kommenden Jahren erheblich belasten. Aus schweizerischer Sicht besteht ein immenses Interesse an einer vertrauensbildenden Lösung dieser schwerwiegenden Problematik, damit eine gravierende Schwächung unserer Exportwirtschaft verhindert werden kann.

Bei den aktienrechtlichen Auseinandersetzungen, die auch 2011 ein wichtiges Diskussionsthema bleiben werden, setzt sich economiessuisse für zielorientierte Lösungen ein. Für economiessuisse-Präsident Gerold Bühler steht fest: „Eine Lösung ist nur dann im Interesse der Wirtschaft und der Arbeitsplätze, wenn die Schweiz ihre starke Position für internationale Unternehmen bewahrt.“ Die vom Ständerat verabschiedete Vorlage schießt über den internationalen Rahmen hinaus. Für Wachstum und Wohlstand der Schweiz sind die börsenkotierten Gesellschaften bedeutend. „Es ist nicht wegzudiskutieren, dass es bei den Vergütungen zu einzelnen Exzessen kam. Negative Einzelbeispiele dürfen aber nicht zur Folge haben, dass ein erfolgreiches Rezept durch starre Vorschriften aufs Spiel gesetzt wird“, so Gerold Bühler.

Es gibt nur eine Wirtschaft: Werk- und Finanzplatz bilden ein Ganzes

Patrick Odier, Vizepräsident von economiessuisse und Präsident der Schweizerischen Bankiervereinigung, warnt vor Überregulierungen auf dem Finanzplatz, da diese auch dem Werkplatz Schaden zufügen. Denn Werk- und Finanzplatz sind in vielfältiger Weise voneinander abhängig und profitieren jeweils von der gegenseitigen Stärke. Der Finanzsektor gehörte in den letzten 20 Jahren zu den grössten Wachstumstreibern der Schweiz. „Wir sind uns der grossen Verantwortung bewusst, die wir für den Wohlstand der Schweizer Wirtschaft leisten“, so Patrick Odier. Für ihn ist deshalb klar, dass die Akteure auf dem Finanzplatz ihre gesellschaftliche und politische Verantwortung wieder verstärkter wahrnehmen müssen als in der Vergangenheit. „Ein liberales Wirtschaftssystem ohne Verantwortung des Einzelnen kann und wird nicht funktionieren“, mahnt Odier.

Klimapolitik: Die Wirtschaft ist die Lösung, nicht das Problem

International gesehen lässt sich die Leistung der Schweiz in der Klima- und Umweltpolitik sehen. Mit einem öffentlichen Klimaappell hat sich die Wirtschaft dazu bekannt, das CO₂-Gesetz zu verlängern und die bisher erfolgreiche Klimapolitik fortzuführen. Laut Pascal Gentinetta, Vorsitzender der Geschäftsleitung von economiesuisse, soll nicht von künstlichen Gegensätzen zwischen „guten“ und „schlechten“ Branchen die Rede sein. Es soll weiterhin ein freiwilliger, innovations- und marktwirtschaftlich-basierter Ansatz verfolgt werden, um Reduktionspotenziale auszuschöpfen. Um die Chancen für die Wirtschaft im Bereich Cleantech zu prüfen, hat economiesuisse eine Studie in Auftrag gegeben. „Eine solche Analyse ist notwendig, denn die bisherigen Studien greifen oft zu kurz. Für uns ist entscheidend, dass Cleantech die Vernetzung der Unternehmen aller Sektoren herstellt. Nur so kann es gelingen, eine echte Green Economy zu entwickeln“, sagt Pascal Gentinetta. Die Resultate der Studie werden im Verlauf des Jahres erwartet. Mit dem Schwerpunkt Green Economy will economiesuisse den Dialog über die Chancen der Technologien und Dienstleistungen der Schweizer Wirtschaft im globalen Kontext in Gang setzen und einer verfehlten Überregulierung vorbeugen.

Rückfragen:

Ursula Fraefel

Telefon: 079 505 52 87

ursula.fraefel@economiesuisse.ch

Jahresmedienkonferenz 2011

Montag, 10. Januar 2011

Es gilt das gesprochene Wort

Globales Umfeld – Herausforderungen mit Offenheit meistern

Gerold Bührer, Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Globales Umfeld – Verschuldungskrise verunsichert

Die politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise sind bei weitem noch nicht ausgestanden. Die protektionistischen Tendenzen dürften leider anhalten und Fortschritte in der multilateralen Handelsliberalisierung weiterhin erschweren. Die Interventionismus- und Verschuldungsspirale dreht sich gefährlich weiter. Nachhaltige, an die Wurzel gehende Konsolidierungsmassnahmen in den massiv verschuldeten westlichen Ländern sind, von einigen Ausnahmen abgesehen, noch nicht in genügendem Mass zu erkennen. Eine weitere Verunsicherung geht von der massiven geldpolitischen Lockerung – so insbesondere von der zweiten Auflage des „quantitative easing“ in den USA – aus.

Die bisher eingeleiteten Schritte der EU und des IMF mit dem Rettungsschirm von 750 Milliarden Euro und einem anvisierten dauerhaften Krisenmechanismus zur Stützung angeschlagener Staaten und zur Stabilisierung des Euro können das grundlegende Problem nicht befriedigend lösen. Sofern die massiv gewachsenen Disparitäten in der Wettbewerbsfähigkeit nicht verringert bzw. politisch nicht eine institutionelle Lösung zur Durchsetzung einer überzeugenden Haushaltssanierung realisiert werden kann, bleibt die Überlebensfähigkeit des Euro in der heutigen Form nach wie vor infrage gestellt. Der Übergang zu einer kostspieligen Transferunion oder – wie oft gefordert – zu einer bundesstaatlichen Fiskalunion dürfte nicht zu einer nachhaltigen Lösung führen. Damit würde langfristig die Konkurrenzfähigkeit der Geberländer und Europas insgesamt im internationalen Wettbewerb höchstens geschwächt. Zudem würde ein solches Konzept innenpolitisch auf zunehmende Akzeptanzprobleme stossen.

Aus schweizerischer Sicht besteht ein immenses Interesse an einer vertrauensbildenden Lösung dieser schwerwiegenden Problematik. Eine währungspolitische Beruhigung ist angesichts des ohnehin schon belastenden Restrukturierungsdrucks in Westeuropa umso wichtiger, als ansonsten die Schwächung der schweizerischen Exporte ein gefährliches Ausmass annehmen dürfte.

Herausforderungen Schweiz – erhöhter politischer Druck, Frankenaufwertung

Mit Blick auf die politischen und weltwirtschaftlichen Veränderungen sieht sich die Schweiz zur Aufrechterhaltung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit folgenden zentralen Herausforderungen gegenüber:

- 1 Der steigende politische Druck auf den „Musterknaben“ Schweiz wird anhalten.
- 2 Die Verschuldungskrise in der westlichen Hemisphäre belastet zunehmend die politische und soziale Stabilität.
- 3 Die starken Ausschläge an den Devisenmärkten und der latente Aufwertungsdruck auf den Schweizer Franken dürften anhalten.
- 4 Von den kreditpolitischen Restriktionen zur Inflationsbekämpfung in China und den Strukturproblemen in den USA und in Europa gehen wachstumsverlangsamende Effekte aus.
- 5 Als Folge der überexpansiven Geldpolitik steigt die Gefahr von Blasenbildungen auf den Vermögens- und Devisenmärkten mit dem Risiko von Kapitalverkehrskontrollen.

Zentrale wirtschaftspolitische Anliegen zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz

Der Erfolg der Schweiz der letzten Jahre beruht auf den Leitplanken Wettbewerb, Marktzutritt nach aussen und Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt verbunden mit einer gut funktionierenden Sozialpartnerschaft und stark dezentral ausgerichteten Verantwortung in der Finanzpolitik. Auch in der Schweiz hat sich allerdings die Tendenz in Richtung Interventionismus und Überregulierung ausgeweitet. Die Wirtschaftspolitik muss sich aber angesichts der gewachsenen Herausforderungen konsequent an den langfristigen Wachstumstreibern orientieren. Dabei sind auch in unserem Land die Bestrebungen für mehr Marktöffnung und Wettbewerb (Buchpreisbindung, Agrarmarkt, Postmarkt) entschlossen zu intensivieren. Abwehrreflexe, Abschottungen und kurzfristige Stimulierungsprogramme mit höheren Schulden und Abgaben sind keine erfolgversprechenden Rezepte. Gerade mit Blick auf den gestiegenen Frankenkurs sind Abgaben- und Kostendisziplin sowie eine hohe Innovationskraft entscheidender denn je. Für *economiesuisse* stehen insbesondere die folgenden sieben wachstumspolitischen Themen im Zentrum:

1 Aussenwirtschaftspolitik

Im Vordergrund stehen nach wie vor die Weiterführung und der gezielte Ausbau der bilateralen Beziehungen mit der EU im gegenseitigen Interesse sowie der Abschluss von weiteren Freihandelsabkommen mit nicht-europäischen Ländern. Bei institutionellen Anpassungen im Rahmen des Bilateralismus und im Steuerdialog mit der EU ist der Souveränität und der direktdemokratischen Ordnung Rechnung zu tragen. Zeitweiligem Druck zum Trotz gibt es keine Alternative zum bilateralen Weg.

2 Finanz- und Steuerpolitik

Ausgabenpolitisch bleibt die Einhaltung der Schuldenbremse und die Einführung dieses bewährten Instrumentariums bei den Sozialversicherungen prioritär. Im Rahmen autonomer Massnahmen ist die steuerliche Attraktivität der Unternehmen zu stärken. Dabei sind auch die ungerechtfertigten Angriffsflächen seitens der EU zu vermindern. Die anvisierten Abkommen über eine Abgeltungssteuer sind zur Wahrung des Schutzes der Privatsphäre voranzutreiben. In Anbetracht unserer Interessen im Rahmen des Währungsfonds (IMF) ist die Erhöhung der Kreditlinie nicht weiter zu blockieren.

3 Infrastruktur, Energie

Die im internationalen Vergleich erfolgreiche Energie- und Klimapolitik mit einer hohen Autonomie in der Stromversorgung ist gezielt weiter zu verfolgen. In Anbetracht des sich abzeichnenden Nachfrageüberhangs in Westeuropa ist ein hoher Autonomiegrad mittels weiterer Spar- und Effizienzverbesserung, des Ausbaus alternativer Energien und der Sicherung des Ersatzes der auslaufenden Kernkraftwerke im Interesse der Versorgungssicherheit unabdingbar. Bezüglich der Marktöffnung besteht vor allem für die Post und die SBB (Trassenreform, Netzzugang) im Interesse

von Konsumenten und Wirtschaft nach wie vor ein Nachholbedarf. In einem zweiten Anlauf ist der vollumfängliche Wettbewerb auch bei der Briefpost (über 70% unter 50g) zu realisieren.

4 Innovation

Die Förderung der Naturwissenschaften ist auf allen Stufen voranzutreiben. Mit ausreichenden Mitteln (Vermeidung eines Crowding-out) und Reformen für mehr Wettbewerb und Autonomie der Hochschulen (Selektivität bei der Zulassung zum Master-Studiengang) ist die Spitzenstellung der Schweiz auch zukünftig zu gewährleisten. Die Rekrutierung von Spitzenkräften aus Drittstaaten ausserhalb der EU/EFTA insbesondere im Bereich der Forschung ist zu erleichtern. Der Handlungsspielraum der KTI (Kommission für Technologie und Innovation) ist im Interesse einer unternehmerischen, flexiblen Führung auszuweiten.

5 Finanzmarktregulierung

Mit dem von der bundesrätlichen Expertenkommission einstimmig verabschiedeten Paket zur Vermeidung der „too big to fail“-Problematik nimmt die Schweiz eine Pionierrolle ein. *economiesuisse* wird sich dafür einsetzen, dass die Vorlage in dieser Form auch parlamentarisch reüssieren wird. Bei der Finanzmarktregulierung ist vor allem im Bereich der nicht-systemischen Risiken eine übermässige, die Wettbewerbskraft schwächende Regulierung zu vermeiden. Das beabsichtigte makroprudentielle Instrumentarium der Nationalbank sollte grundsätzlich nur subsidiär zum Einsatz gelangen. Konflikte mit der Zielsetzung der Unabhängigkeit der Nationalbank und dem Aufgabenbereich der FINMA sind zu vermeiden. Aus ordnungspolitischen Gründen ist der geldpolitische Schwerpunkt auf dem konventionellen Instrumentarium zu belassen.

Die nachfolgenden zwei Themen

6 Aktienrecht

7 Green economy

werden in den anschliessenden Referaten ausführlich behandelt.

Aktienrechtliche Auseinandersetzung – keine Vermischung mit neuen Steuern

Bei den aktienrechtlichen Auseinandersetzungen um die Entlohnung von Managern geht es nebst der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Schweiz auch um die gesellschaftliche Dimension der Akzeptanz unserer bewährten marktwirtschaftlichen Ordnung. Auch für uns ist klar, dass sich die Wirtschaft diesem Aspekt nicht entziehen kann. Diskussionen um die Initiative „gegen die Abzockerei“ von Thomas Minder haben dieses Bewusstsein weiter verstärkt. *economiesuisse* bietet denn auch Hand zu zielorientierten, praktikablen Lösungen im Aktienrecht. Es ist aber klar, dass diese Lösungen nur dann im Interesse der Wirtschaft und der Arbeitsplätze sind, wenn die unternehmerische Freiheit und die Flexibilität so weit wie möglich Bestand haben. Die Aktionäre dürfen nicht in ihren Gestaltungsmöglichkeiten durch zwingende Bestimmungen übermässig eingeschränkt werden. Sie sollen dort, wo ein klares Bedürfnis besteht, im Rahmen der Generalversammlung die Möglichkeit zur Abstimmung haben. Damit kann die Schweiz ihre starke Position für internationale Unternehmen bewahren. Die Überregulierung hat sich vielerorts negativ auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und die allgemeine Wohlfahrt ausgewirkt.

Für Wachstum und Wohlstand der Schweiz sind die börsenkotierten Gesellschaften wichtig: Sie beschäftigen direkt und indirekt über 600'000 Personen in der Schweiz. Zudem kommen sie für über 40 Prozent der schweizerischen Unternehmenssteuern auf. Es darf daher nicht sein, dass in der laufenden Aktienrechtsrevision über legitime Corporate-Governance-Anliegen, wie die verstärkte Mitwirkung der Aktionäre, die grossen gegen die kleinen Gesellschaften ausgespielt werden.

Das schweizerische Aktienrecht mit seiner organisatorischen Flexibilität hat dazu geführt, dass überproportional viele internationale Konzerne ihren Sitz heute in der Schweiz haben. Davon profitiert die ganze schweizerische Volkswirtschaft. Ein liberales Aktienrecht ist deshalb im Interesse des schweizerischen Wirtschaftsstandorts und der Arbeitsplätze.

Es ist nicht wegzudiskutieren, dass es auch in der Schweiz bei den Vergütungen zu einzelnen Exzessen gekommen ist. Der Handlungsbedarf ist daher unbestritten. Negative Einzelbeispiele dürfen aber nicht dazu führen, dass über die vermehrte Mitwirkung und Transparenz hinaus ein erfolgreiches aktienrechtliches Konzept durch zu starre Vorschriften, angereichert mit einer sachfremden Besteuerung, aufs Spiel gesetzt wird.

Eine Vermischung von Corporate Governance und steuerlichen Instrumenten, wie sie der Bundesrat und der Ständerat mit ihrem „Kombinations-Modell“ vorschlagen, ist daher abzulehnen. Dazu kommt, dass diese äusserst komplexe Steuermaterie nicht, wie sonst üblich, eingehend vernehmfasst worden ist. Neben der Einführung einer neuen Steuer im Umfang von rund CHF 150 – 200 Millionen, die sämtliche schweizerischen Aktiengesellschaften – börsenkotierte und nicht börsenkotierte – bestraft, hat das „Kombinations-Modell“ die nachfolgenden steuer- und gesellschaftsrechtlichen sowie volkswirtschaftlichen Hauptnachteile:

- Verletzung der arbeitsrechtlichen Vertragsfreiheit durch eine willkürliche staatliche Höchstlohngrenze
- Verletzung verfassungsmässiger Grundsätze der Besteuerung (Allgemeinheit, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit)
- Mangelnde Rechtsformneutralität (bspw. sind Genossenschaften nicht erfasst)
- Einfache Umgehungsmöglichkeiten durch Verschiebungen ins Ausland
- Umgehung durch Dividendenausschüttungen mit negativen Auswirkungen auf die Sozialabgaben.

Die vom Ständerat verabschiedete Vorlage schießt weit über den internationalen Rahmen hinaus, erfüllt das Kriterium der Praxistauglichkeit in wichtigen Punkten nicht und verunmöglicht zudem einen bürgerlichen Schulterchluss. Besonders störend sind die komplizierten zwingenden Abstimmungen bei der Vorlage über die hohen Vergütungen, die neuen Strafbestimmungen sowie der Einbezug der Generalversammlung in Detailfragen. Für ein aktienrechtliches Problem muss eine Lösung im Aktienrecht gefunden werden. Aus diesem Grund sind wir auch der Auffassung, dass im Nationalrat die Aktienrechtsvorlage getrennt von der Fiskalabgabe behandelt werden soll.

Wir wollen auch zukünftig im nationalen Gesamtinteresse für Unternehmen attraktive Bedingungen auch im Gesellschaftsrecht sicherstellen. economiesuisse setzt sich weiterhin dafür ein, dass unser Aktienrecht gezielt verbessert wird. Wir sagen ja zur erhöhten Transparenz und zur angemessenen Mitwirkung der Aktionäre. So soll neu die Generalversammlung ausschliesslich über Vergütungen des Verwaltungsrats und optional über diejenigen der Geschäftsleitung entscheiden. Die Transparenz im Aktienrecht wurde bereits stark erhöht. In diesem Sinn wird sich economiesuisse weiter für eine überzeugende Revision einsetzen, die den legitimen Ansprüchen der Aktionäre als auch der notwendigen Flexibilität der Unternehmen und dem Interesse des Wirtschaftsstandorts Schweiz Rechnung trägt. Weder die Initiative „gegen die Abzockerei“ noch ein schlechter Gegenvorschlag können daher unsere Unterstützung finden.

Jahresmedienkonferenz 2011

Montag, 10. Januar 2011

Es gilt das gesprochene Wort

Klimapolitik: Die Wirtschaft ist die Lösung, nicht das Problem!

Dr. Pascal Gentinetta, Vorsitzender der Geschäftsleitung economiessuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

An der Weltklimakonferenz in Cancun wurden erste Fortschritte erzielt, um die Klimapolitik nach 2012 – respektive nach der ersten Periode des Kyoto-Protokolls – zu deblockieren. Insbesondere wurde das Ziel der Beschränkung der Erd-Erwärmung um 2 Grad Celsius bis 2100 als gemeinsame Grundlage festgelegt. Dennoch fehlt nach wie vor ein internationaler Rechtsrahmen, der hilft, global spürbar Emissionen zu senken und Ressourcen zu schonen. Nach wie vor gilt es, für ein globales Problem eine globale Lösung zu finden. Matchentscheidend ist dabei, dass grosse Emittenten wie China und die USA verbindlich mitmachen. China und die USA sind bereits heute für 40 Prozent der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich. Nach den neusten Prognosen der Internationalen Energieagentur IEA dürfte ihr Anteil im Jahr 2020 rund 45 Prozent betragen. Nur ein internationales Abkommen kann eine globale Wirtschaftsordnung sicherstellen, die keine schädlichen Wettbewerbsverzerrungen verursacht und das gravierende „Carbon Leakage“-Problem in Grenzen hält. Denn ohne ein solches „Global Level Playing Field“ wandert die industrielle Produktion in „schmutzige“, weniger restriktive Länder ab, und in Ländern mit einer strengen Umweltgesetzgebung gehen Arbeitsplätze verloren. Eine solche Entwicklung wäre sowohl ökologisch wie ökonomisch nicht zu verantworten.

International gesehen lässt sich die Leistung der Schweiz in der Klima- und Umweltpolitik sehen. Das Erfolgsmodell Schweiz beruht nicht zuletzt auf den freiwilligen und innovativen Massnahmen der Wirtschaft. In der Umweltpolitik finden z.B. Initiativen der Wirtschaft im Recycling-Bereich für PET, Glasabfuhr oder IT-Geräte internationale Beachtung. In der Klimapolitik gehören wir nicht nur zu den Industrienationen mit dem verhältnismässig tiefsten CO₂-Austoss, sondern auch zur Gruppe, die auf dem besten Weg ist, ihre Kyoto-Protokoll-Verpflichtungen wirklich zu erfüllen. So hat die Schweizer Wirtschaft 2010 einmal mehr ihren massgeblichen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz verstärkt. Die Wirtschaft ist praktisch allein auf dem Weg – dank den existierenden freiwilligen Massnahmen der Energie-Agentur der Wirtschaft, der Stiftung Klimarappen und der Vereinbarung im Zementbereich –, das Kyoto-Ziel unseres Landes zu erreichen und über Erwartungen insgesamt rund 4 von den verlangten 5

Millionen Tonnen CO₂ einzusparen. So hat z.B. die Energieagentur der Wirtschaft (EnAW) 2010 erstmals die Grenze von 1 Mio. CO₂-Reduktion dank 2000 Unternehmen überschritten. Das ist der Erfolgsausweis der Wirtschaft.

Wir wollen uns aber nicht auf den bisherigen Leistungen ausruhen, sondern in die Zukunft blicken und uns weiterhin für ökologisch und ökonomisch sinnvolle Lösungen einsetzen. Deshalb haben wir uns öffentlich mit einem Klimaappell dazu bekannt, das CO₂-Gesetz zu verlängern und auch künftig die bisherige erfolgreiche Klimapolitik fortzuführen. Damit stellen wir uns hinter die Stossrichtung des Bundesrats, die wir als realistisch und nachhaltig erachten. Wichtig ist, dass wir uns am 20-Prozent-Senkungsziel der europäischen Union orientieren und einen Mix aus Massnahmen im Inland und im Ausland realisieren. Nur so kann für ein globales Problem eine nachhaltige, das heisst eine ökologische und ökonomisch sinnvolle Politik realisiert werden.

Bei der Weiterentwicklung der schweizerischen Klimapolitik im Rahmen des CO₂-Gesetzes lauern jedoch vier Gefahren, die das bisherige, lösungsorientierte Erfolgsmodell der Schweiz ins Wanken bringen könnten:

1. Das Festlegen von Alleingängen, die nicht an den vorhandenen internationalen Rahmen anknüpfen und deshalb zu ökonomisch wie auch ökologisch kontraproduktiven Ergebnissen führen. Diese reelle Gefahr besteht z.B. bei der sogenannten Klima-Volksinitiative.
2. Die ausschliessliche Fokussierung der Gesetzgebung auf Inlandmassnahmen. Damit wird der globale Aspekt des Problems mit seinen Exportchancen für den schweizerischen Cleantech-Bereich völlig ausgeblendet, und es entsteht eine Entsolidarisierung (Projekte in Entwicklungsländern könnten nicht mehr unterstützt werden). Dies wiederum schadet der internationalen Akzeptanz der Klimapolitik. Flexible, sinnvolle und ökonomisch kostengünstige Auslandmassnahmen werden verhindert.
3. Es drohen schädliche staatliche Zwangsmassnahmen. Dies würde den bisherigen Erfolg der freiwilligen Massnahmen gefährden.
4. Massive staatliche Subventionen „à la Landwirtschaft“ zu Gunsten vermeintlich „klimafreundlicher“ Wirtschaftszweige und ein Abstrafen von emissions- und energieintensiven Sektoren würden zu einem Auseinanderdividieren der Wirtschaft führen. Dies ist extrem kontraproduktiv. Wandern diese Unternehmen ins Ausland ab, müssen deren Güter wieder reimportiert werden – für die Umweltpolitik ein massiver Rückschlag.

Statt künstliche Gegensätze zwischen Klima und Wirtschaft oder zwischen „guten“ und „schlechten“ Branchen zu schaffen, sind wir der festen Überzeugung, dass weiterhin grosse Reduktionspotenziale auf einem freiwilligen, innovations- und marktwirtschaftlich-basierten Ansatz möglich sind und dass sich für die Schweizer Wirtschaft im Bereich Cleantech – allen voran in der Exportwirtschaft – grosse Chancen ergeben. Deshalb haben wir eine entsprechende Studie lanciert. Eine solche Analyse ist notwendig, denn die bisher gemachten Studien greifen oft zu kurz, weil sie auf gewisse Technologien, spezielle Branchen oder schlicht auf subventionsbedürftige Unternehmen fokussieren. Für uns ist deshalb entscheidend, dass Cleantech nicht nur einige wenige Unternehmen umfasst, sondern Cleantech muss vielmehr ganzheitlich die Vernetzung von Unternehmen aller Sektoren, der Dienstleistungen und der Industrie herstellen. Nur so kann es gelingen, mittels Cleantech aus der Schweiz eine echte „Green Economy“ zu machen. Und dies sollte unser Ziel sein.

Die Ergebnisse der Studie dürften im Verlauf des Jahres vorliegen. Dann wird sich zeigen, wo die grossen, ungenutzten Potenziale in der Schweizer Wirtschaft liegen. Auf der Basis der Analyse werden wir im Herbst eine „Cleantech-Strategie der Wirtschaft“ präsentieren. Cleantech ist eine Chance für die ganze Wirtschaft. Insbesondere dann, wenn es gelingt, die energieintensiven Unternehmen einzubinden und deren Emissionen und Ressourcennutzung – so wie zum Beispiel bei der Zementindustrie – auf der Basis von Innovationen massiv zu senken und gleichzeitig ihre Konkurrenzfähigkeit zu erhalten.

Aus all diesen Gründen setzen wir für 2011 bewusst einen Schwerpunkt auf Green Economy. Wir wollen damit einen Dialog über die Chancen der Technologien und Dienstleistungen der Schweizer Wirtschaft im globalen Kontext in Gang setzen und einer verfehlten Überregulierung vorbeugen. In Klima- und Umweltfragen ist die Schweizer Wirtschaft nicht das Problem, sondern die Lösung!

Jahresmedienkonferenz 2011

Montag, 10. Januar 2011

Es gilt das gesprochene Wort

„There is only one economy“: Werk- und Finanzplatz bilden ein Ganzes

Patrick Odier, Vizepräsident economiesuisse, Präsident Schweizerische Bankiervereinigung

Sehr geehrte Damen und Herren

Seit Ausbruch der Finanzmarktkrise haben etliche Kreise versucht, einen Keil zwischen den Finanz- und den Werkplatz zu treiben. Finanz- und Werkplatz sind keine Gegensätze und verfolgen die gleichen Interessen. Werk- und Finanzplatz bilden ein Ganzes. Werk-, Dienstleistungs- und Finanzplatz sind in vielfältiger Weise voneinander abhängig und profitieren jeweils von der gegenseitigen Stärke. Der Brand „Made in Switzerland“ hat sich etabliert, und so stellen die Schweizer Unternehmen und Banken die Visitenkarte unseres Landes dar. „There is only one economy“ lautet daher der Titel meines kurzen Referates.

Von einem starken Finanzplatz profitiert die gesamte Volkswirtschaft.

- Verschiedene Branchen profitieren davon, dass sie ihre Güter und Dienstleistungen als Vorleistungen für Unternehmen des Finanzsektors verkaufen können. Diese indirekte Wertschöpfung wurde kürzlich von der BAK-Basel mit einem Modell genauer analysiert. Die Studie wird voraussichtlich in den nächsten Wochen publiziert. Die vorläufigen Ergebnisse kommen zum Schluss, dass der Finanzplatz in anderen Branchen eine Wertschöpfung in der Höhe von rund
- 28 Milliarden Franken auslöst.
- Auch die öffentliche Hand profitiert von einem starken Finanzplatz, weil er rund fünf Milliarden Franken direkte Steuern an Bund, Kantone und Gemeinden abgeliefert. Weitere 10 Milliarden Franken zahlt der Finanzplatz vor allem über Verrechnungssteuern, Mehrwertsteuern etc. an die öffentliche Hand. Dies entspricht ungefähr 14 Prozent der gesamten Steuereinnahmen der Schweiz.
- Der Finanzsektor nimmt auch als Arbeitgeber eine grosse Aufgabe wahr. So waren 2009 im Finanzsektor 237'000 Personen beschäftigt.
- Neben diesen direkten Effekten ist für den Werkplatz auch die Versorgung mit Krediten von eminenter Bedeutung. Die Schweiz hat im Gegensatz zu anderen Ländern keinen Credit Crunch erlebt. D.h. trotz der prekären internationalen Situation auf den Finanzmärkten wurde die

- Kreditversorgung in der Schweiz durch die Schweizer Banken sichergestellt. Die an KMU von Banken vergebenen Kredite machen weit über 300 Milliarden Franken aus. Selbst während der Finanzmarktkrise waren diese zu keiner Zeit ausgeschöpft. Damit hat der Finanzplatz wesentlich dazu beigetragen, dass die Konjunktur in der Schweiz im internationalen Vergleich weniger dramatisch eingebrochen ist. Hinzu kommen die in der Schweiz ausserordentlich tiefen Zinsen, welche die Investitionen erhöhen und dementsprechend auch das Wirtschaftswachstum steigern.
- Ein starker Finanzplatz ist vor allem für die exportierende Industrie von grosser Bedeutung. In den Bereichen Zahlungsverkehr, Devisen, Wertschriften, institutionelle Vermögensverwaltung und bei Umstrukturierungen und Übernahmen sind professionelle Dienstleistungen gefragt. Für den Schweizer Werkplatz ist es von grossem Vorteil, wenn diese Finanzdienstleistungen von internationaler Qualität direkt in unmittelbarer Nähe angeboten werden. Der Finanzdienstleistungsindustrie ist bewusst, dass der starke Franken für die Exportwirtschaft eine Belastung darstellt, und versucht nach ihrer Möglichkeit mit der betroffenen Industrie Lösungen zu finden. Notabene sind auch die Banken im Vermögensverwaltungsgeschäft vom starken Franken betroffen. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass der starke Franken unter anderem auf die Stabilität und wirtschaftliche Dynamik der Schweiz zurückzuführen ist.
 - Nicht nur Unternehmen, sondern auch Privatpersonen profitieren vom vereinfachten Zahlungsverkehr, der sehr effizient funktioniert. So hat sich die Anzahl Transaktionen mit Debitkarten in den letzten 10 Jahren verdoppelt. Die beiden Grossbanken weisen Kundenbeziehungen mit rund 26'500 Lieferanten auf. Damit verbunden sind jährliche Einkäufe von rund 4.5 Milliarden Franken.
 - Gemäss BAK-Basel profitieren diverse Branchen von der Nachfrage des Finanzsektors. So werden im Detailhandel Dienstleistungen in der Höhe von rund 1.4 Milliarden und im Gastgewerbe in der Höhe von 850 Millionen Franken nachgefragt. Davon stammt der weitaus grösste Teil aus der Nachfrage von im Finanzsektor beschäftigten Personen.

“There is only one economy.” Ein starker Finanzplatz ist gut für den Werkplatz und umgekehrt. Es soll aber nicht verschwiegen werden, dass in der Vergangenheit nicht immer alles optimal war. Auch das Problem des „Too-big-to-fail“ musste adressiert werden. Hier hat die Schweiz in der Expertengruppe des Bundes wichtige Vorarbeiten geleistet, die vom Bundesrat Ende Dezember in die Vernehmlassung geschickt wurden und international hohe Anerkennung gefunden haben. Die verschiedenen Massnahmen sind hart, aber zweckorientiert und aufeinander abgestimmt. Das Swissfinish, das weit über die internationalen Bestimmungen hinausgeht, stellt eine Herausforderung für die zwei Grossbanken dar. Trotzdem wurden die Vorschläge der Expertenkommission durch die Grossbanken mitgetragen. Da das Massnahmenpaket ein Gesamtwerk bildet, ist es aus unserer Sicht auch zwingend, dass es in der politischen Beratung als Gesamtpaket übernommen wird. Aber es gilt der sinnvolle Grundsatz in einer liberalen Wirtschaftsordnung: Nicht alles, was reguliert werden kann, soll auch reguliert werden. Eine Über- oder eine Fehlregulierung wäre aber nicht nur schlecht für den Finanzplatz Schweiz, sondern auch für den Werkplatz, da die Kreditvergabe und das Angebot an Dienstleistungen dadurch eingeschränkt werden könnten. Denn gerade der äusserst global ausgerichtete Schweizer Werkplatz würde durch eine Fehlregulierung des Finanzplatzes Schaden nehmen. Daher müssen bei jeder Regulierung auch die Auswirkungen auf die Realwirtschaft sorgfältig analysiert werden. Die durch eine schlechte Finanzmarktregulierung verursachten Kosten hätte nämlich auch der Rest der Wirtschaft mitzutragen. Es darf zudem nicht vergessen werden, dass die Finanzplätze international im Wettbewerb zueinander stehen. Damit der Schweizer Finanzplatz wettbewerbsfähig bleibt, müssen Alleingänge beim Swissfinish, die im Vergleich zur EU und den USA deutlich über das Ziel hinaus schießen, vermieden werden. Ebenso muss die Regulierung differenziert angegangen werden und Kosten/Nutzen-Aspekte sind unbedingt zu berücksichtigen.

Der Schweizer Finanzplatz hat schon heute nicht in allen Bereichen ein vorteilhaftes Regulierungsumfeld. Besonders die Stempelsteuer unterhöhlt die Standortattraktivität der Schweiz für Finanzgesellschaften. Eine Abschaffung der Stempelabgabe im Rahmen der Unternehmenssteuerreform III würde bestehende Wettbewerbsnachteile beseitigen und könnte Unternehmen (insbesondere Finanzgesellschaften) in die Schweiz bringen und damit Wertschöpfung, Beschäftigung und Steuereinnahmen steigern. Auch die im Rahmen der Lösung des „Too big to fail“-Problems zu schaffenden Pflichtwandelanleihen („CoCo's“) sind von Verrechnungssteuer und Stempelabgabe zu befreien, ansonsten würde dieser interessante Markt im Ausland wachsen.

Der Finanzplatz braucht gute Rahmenbedingungen und eine wettbewerbsfähige Steuerbelastung. Die Stärkung des Finanzplatzes ist auch gut für den Werkplatz und für die öffentliche Hand. Der Finanzsektor gehörte in den letzten 20 Jahren zu den grössten Wachstumstreibern der Schweiz. Aus diesem Grund sind wir uns unserer grossen Verantwortung bewusst und werden alles daran setzen, um unseren Beitrag an die Prosperität der Schweizer Volkswirtschaft zu leisten. Dies bedeutet auch, dass die Akteure auf dem Finanzplatz ihre gesellschaftliche und politische Verantwortung wieder stärker wahrnehmen müssen als in der Vergangenheit. Denn ein liberales Wirtschaftssystem ohne Verantwortung des Einzelnen kann und wird nicht funktionieren. „There is only one economy“ lautet der Titel dieses Referats. Werkplatz, Finanzplatz, die Bürgerinnen und Bürger, kleine und mittlere Unternehmen, multinationale Konzerne, Verbände, Gemeinden, Kantone und der Bund – sie alle sind tragender Bestandteil der Schweizer Wirtschaft. Deshalb müssen sich diese Akteure gut verstehen. Aus diesem Grund sind für mich der Dialog und die Pflege der Partnerschaft untereinander eine Daueraufgabe.